

Bildung ist kein Privileg!



Überfüllte Hörsäle und große Klassen, hohe Zulassungsbeschränkungen und zu wenig Studienplätze, Tutor_innen- und Lehrer_innenmangel – all das sind Probleme für Schüler_innen und Student_innen, die sich – obwohl lange bekannt – in den letzten Jahren immer weiter zuspitzen. Und das, obwohl PolitikerInnen prahlen, dass immer mehr in Bildung und Wissenschaft investiert werde. Jedoch deckt die Summe im Bildungstopf noch lange nicht die Bedürfnisse im Bildungssektor, da z. B. die Anzahl der StudentInnen jährlich steigt. Haben sich beispielsweise im WS 2002/03 ca. 1,9 Mio. Student_innen immatrikuliert, waren es im WS 2012/13 schon 2,5 Mio. Neuimmatrikulationen. Zusätzlich kam es durch die Einführung des sogenannten „Turbo-Abiturs“ sowie die Abschaffung der Wehrpflicht zu einem erhöhten Andrang an den bereits überfüllten Universitäten – hohe NCs und lange Wartezeiten sind für viele Abiturient_innen die Konsequenz.

Aber es ist nicht nur voll – das Angebot wird sogar noch reduziert: Durch die chronische Unterfinanzierung müssen ganze Fakultäten und Schulen schließen, da sich viele ländliche Schulen angeblich nicht mehr rentieren. Außerdem wird das Lehr- und Studienangebot dramatisch reduziert und die Universitäten und Schulen müssen immer mehr auf Drittmittel zurückgreifen.

An der Universität Potsdam sah es z.B. so aus: Der Bachelorstudiengang „Kunst auf Lehramt“ wurde abgeschafft und die eigenständige juristische Fakultät soll mit Frankfurt/Oder zusammen gelegt werden. Sicher muss man nicht alles überall studieren können und wenn ein/e Dekan_in weniger nötig ist, wäre das kein Problem. Es kostet aber auch immer Studienplätze, Vielfalt im Angebot und Stellen für Mitarbeiter_innen und

Was sind Drittmittel?

Drittmittel im Hochschulbetrieb sind Anteile an der Finanzierung von konkreten Forschungsprojekten. Diese werden meistens gesponsert vom Bund, aus Fördertöpfen der EU oder aus der Privatwirtschaft. Diese Mittel entspringen nicht aus dem Etat des zuständigen (Landes-)Ministeriums für die Hochschulen. Ein Beispiel dafür ist die Volkswagen-Bibliothek der TU Berlin.

Aber auch Rüstungsforschung wird durch Drittmittel betrieben. Mit Geldern des US-Verteidigungsministeriums wurde an der Uni München an Sprengstoffen geforscht. Aber nicht nur Ingenieursstudiengänge kriegen Drittmittel: An der Uni Potsdam gibt es seit dem WS 2007/08 einen Masterstudiengang „Military Studies“, wo die Institute für Geschichte, Sozialwissenschaften und die Bundeswehr ganz offen zusammenarbeiten.

Trend zu Privatschulen

Privatschulen werden größtenteils über öffentliche und zusätzlich über private Gelder wie z.B. das Schulgeld finanziert. Diese zusätzlichen privaten Gelder können auch von Unternehmen oder Kirchen kommen. Und dass die Kirche mit 10% der Kostenbeteiligung pro Schule den SchülerInnen beibringen kann, was sie will, ist das eine. Das sich dadurch auch immer mehr die Unternehmen in den Bildungssektor einschleichen, ist das andere.

Ein entscheidender Grund für die zunehmende Zahl der Privatschulen ist, dass viele öffentliche Schulen immer mehr verwaizen. Eltern, die es sich leisten können, entscheiden sich, ihre Kinder an Privatschulen zu schicken, die kleinere Klassen und eine bessere individuelle Betreuung aufweisen. Und dass der Trend immer mehr Richtung private Bildung geht, zeigt sich beispielsweise in Berlin, wo sich die Anzahl der Privatschulen in den letzten zehn Jahren auf 151 verdoppelt hat.

Hilfskräfte, die gerade eingespart werden sollen. Um diese Einsparungen aber schönzureden, wird von „Profilschärfung“, „Fokussierung“ und „Spezialisierung“ der Studiengänge geredet. Und gerade all diese staatlichen Einsparungen führen an den Unis dazu, dass immer mehr Gelder aus der Industrie kommen und dass so mehr und mehr im Interesse von Unternehmen gelehrt und geforscht wird.

Die Bologna-Depression

Die Hochschulreformen der letzten Jahre, der sogenannte „Bologna-Prozess“, sollte angeblich zur Internationalisierung von Studiengängen führen. Weit gefehlt: Schon der Wechsel von Potsdam nach Frankfurt oder von der FU zur HU ist wegen unterschiedlicher Studienordnungen aller „Creditpunkte“ zum Trotz viel schwieriger geworden. Aber nicht nur das. Durch die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge wird das Studium immer verschulter, der Druck in der Regelstudienzeit durchzukommen und rechtzeitig (und vor allem gute) Prüfungen zu bestehen wird immer größer. Für Student_innen, die sich trotzdem mehr Zeit fürs Studium nehmen wollen, droht die Streichung des Bafögs und sogar die Zwangsexmatrikulation. Und ist der Bachelorabschluss nicht gut genug, kann die nächste Hürde nicht genommen werden: einen Masterplatz bekommen. Die Plätze reichen nämlich nur für gut die Hälfte aller Absolvent_innen. Ohne Master aber sieht die Zukunft für viele Bachelor-Student_innen schlecht aus und sie führt oft nur zu einer Karriere als Niedriglöhner.

Kunst bringt kein Geld!

Egal ob in der Schule oder der Uni, die Tendenz künstlerische und musikalische Fächer zu reduzieren gibt es überall. Das Bildungssystem wird immer mehr danach ausgerichtet, was „gut und sinnvoll“ für die Wirtschaft ist, nämlich Mathe, Ingenieurs- und Naturwissenschaften. Kreatives Arbeiten und eigenständiges Denken sind nur dann wichtig, wenn sie Produktivität und Profite steigern, ansonsten ist es unerwünscht. Und Fächer, welche die Industrie nicht nutzen kann, wie Geisteswissenschaften, Kunst und Musik werden immer als erstes angegriffen, wenn mal wieder gespart werden muss. In vielen Bundesländern ist das auch bei den Reformen des Abiturs zu erkennen. Wer Kunst-LK wählen will, muss Mathematik nehmen. Naturwissenschaften, Mathematik und Sprachen sind gegenüber Geschichte oder Musik in den Prüfungsordnungen bevorzugt.

Europa wählt rechts?

Veranstaltung Mittwoch 04.06., 18:30
Mehringhof U6/U7 Mehringdamm

Angesichts von Wirtschaftskrise und europäischer Massenarbeitslosigkeit haben in vielen Ländern Europas nationalistische und rechtsradikale Parteien Wahlerfolge errungen. Anhand der Wahlergebnisse wollen wir das Ausmaß und die Ursachen des rechten Vormarsches mit euch diskutieren. Vor allem aber: Was können wir der Ausbreitung nationalistischer Ideologie entgegensetzen? Und wie stehen wir als Revolutionäre zur EU?

Gegen Kürzungen kämpfen!

Anfang des Jahres wurde bekannt gegeben, dass es an der HU bis 2017 massive Einsparungen bei den Personalkosten für wissenschaftliche Mitarbeiter_innen geben soll. Es dürfen keine auslaufenden Stellen mehr neu besetzt werden. Dabei ist eine ausreichende Betreuung der Studierenden schon jetzt kaum möglich. Es kommen viel zu viele Abschlussarbeiten auf eine Betreuungsperson. Bereits überfüllte Tutorien werden noch überfüllter und Professor_innen bangen um ihr Team. So gehen nicht nur unsere Studienbedingungen sondern auch die Qualität von Forschung und Lehre kaputt. Gegen diese Sparmaßnahmen sollen diesen Mai erste Proteste an der HU organisiert werden.

Bildungsproteste sind dabei nichts Neues. Im Februar gab es eine Demonstration mit mehr als 2000 Schüler_innen, welche zum einen für bessere Bildung und zum anderen aus Solidarität mit den Flüchtlingen in Hamburg, Berlin, etc. auf die Straße gingen. Und die Studierenden und Schüler_innen sind in ihrem Ärger nicht allein: Auch die Lehrer_innen lassen sich nicht alles gefallen. Letztes Jahr gab deutschlandweit es mehrere Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, welche auch von Schüler_innen unterstützt wurden.

Trotz mancher Niederlage hat es in den letzten Jahren auch Erfolge gegeben. Beispielsweise wurden 2009 im Rahmen von bundesweiten Bildungsprotesten mehr als 30 Universitäten besetzt, inspiriert auch von den erfolgreichen Uni-Besetzungen in Wien. Durch diese anhaltenden Proteste konnten Teilerfolge erzielt werden, wie z. B. die Abschaffung der Studiengebühren und der Anwesenheitspflicht.

Diese Kämpfe sind ein erster Schritt, um die Probleme im Bildungssektor anzupacken. Doch sind unsere Probleme nicht isoliert. Genauso wie im Bildungssektor, sieht es im Gesundheitswesen aus, wo z.B. in Krankenhäusern ganze Abteilungen geschlossen oder privatisiert werden. Vielen Beschäftigten (und später auch uns) erzählt man seit Jahren, es müssen Löhne gekürzt und die Arbeitsbedingungen flexibilisiert werden, um Arbeitsplätze zu sichern und konkurrenzfähig zu bleiben. Die Arbeitsplätze wurden trotz Verzicht in der Regel dennoch abgebaut...

Wir sehen, es ist immer und überall dasselbe Lied. Es wird uns ständig erzählt, es wäre nicht genug Geld für unsere Belange da: gute Bildung, eine ausreichende Gesundheitsversorgung oder faire Löhne und Arbeitsbedingungen. Während die Gewinne der großen Unternehmen immer weiter steigen, werden wir immer ärmer. Denn es wird immer nur bei uns gespart, also den Menschen, welche keine großen Firmen oder Aktienpakete besitzen. Ist nur die Frage, wie lange wir uns das noch gefallen lassen!